

M | 14 Postdemokratie – Demokratie in der Krise?

Wolfgang Merkel ist ein deutscher Politikwissenschaftler und Direktor am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

In der Finanz- und Eurokrise deklarieren Regierende bisweilen zentrale Entscheidungen wie die Bankenrettung, Hilfspakete zur Rettung des Euro oder den Export deutscher Sparpolitik kurzerhand als alternativlos. In Europa geht die Wahlbeteiligung zurück. Dies würde die These der Postdemokratie bestätigen. Allerdings gilt es, die abnehmende Wahlbeteiligung und den rapiden Mitgliederschwund der Parteien mit neuen Formen nichtkonventioneller Partizipation zu verrechnen. Solche aktiven Formen der Beteiligung und Einmischung haben in den vergangenen Jahrzehnten erheblich zugenommen. Allein in Griechenland, Spanien und Deutschland wurden 2011 mehr als 300 politische Bürgerinitiativen gegründet. Das muss als positives zivilgesellschaftliches Engagement angesehen werden. Vertreter der Postdemokratie, wie Crouch, unterschätzen somit die Reform- und Anpassungsfähigkeit der Demokratie, die sich als offenen Prozess versteht und daher ständig neuen Herausforderungen unterworfen ist. Die repräsentative Demokratie hat eben nicht ihr Ende erreicht, sondern befindet sich stattdessen in einem Formwandel.

Quelle: Merkel, Wolfgang, Zukunft der Demokratie. Krise? Krise! In: www.faz.net, 05.05.2013, © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv.

M | 15 Deliberative Demokratie

Jürgen Habermas ist ein renommierter deutscher Politikwissenschaftler und Philosoph.

[...] Wesentlicher Bestandteil der deliberativen Demokratie ist ein öffentlicher Meinungsaustausch über politische Themen in Form einer gemeinsamen Beratschlagung und eines ausgewogenen Austausches von Informationen und Argumenten.

Unter der Beteiligung möglichst Vieler soll dadurch ein gemeinsamer Konsens erreicht werden. Mit einem Mehr an Bürgerbeteiligung hat deliberative Politik eine höherrangige Legitimität als die herkömmlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeduren, in denen Entscheidungen durch Eliten und Repräsentanten gefällt werden. Dabei erhöht die deliberative Demokratie nicht nur den sachlichen Informationsgrad politischer Entscheidungen, sondern funktioniert zugleich als eine Art moralischer Filter. Somit werden Deliberation und öffentlicher Kommunikation die Fähigkeiten zugesprochen, Gemeinwohl zu erzeugen. Demnach kann Deliberation zu vernünftigen und fairen Resultaten führen, die von der Bevölkerung anerkannt werden. [...] Sie setzt neben anspruchsvollen Verfahren der Beratschlagung und Beschlussfassung vor allem eine aktive Beteiligung der Bürger voraus.

Quelle: Habermas, Jürgen, Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts demokratischen Rechtsstaats. ((Copyrightzeichen)) Suhrkamp Verlag Frankfurt 1992. Alle Rechte bei und vorbehalten durch Suhrkamp Verlag Berlin.



Foto: Picture Alliance/Martin Gerten

M | 16 Europäische Politik stärker legitimieren!

Martin Schulz ist seit 2012 Präsident des Europäischen Parlaments.

[...] Zum ersten Mal seit ihrer Gründung wird ein Scheitern der Europäischen Union zum realistischen Szenario. Seit Monaten hetzt die Union von einem Krisengipfel zum nächsten. Entscheidungen, die uns alle betreffen, werden von Regierungschefs hinter verschlossenen Türen getroffen. [...] Das Ergebnis einer parlamentarisch unzureichend legitimierten Politik wird von den Bürgern als Diktat aus Brüssel empfunden. Das ist der Nährboden für anti-europäische Ressentiments. [...] Wer glaubt, man könne ein Mehr an Europa mit einem Weniger an Parlamentarismus schaffen, dem sage ich hier und jetzt den Kampf an! Das zwischenstaatliche Abkommen über eine neue Fiskalunion ist der erste Testfall.

Bei den Verhandlungen standen die Vertreter unseres Parlaments mit ihrer Forderung, Haushaltsdisziplin mit Wachstum und Beschäftigung zu vereinen, vorläufig auf verlorenem Posten.

Doch genau diesen vernünftigen Ausgleich erwarten unsere Bürgerinnen und Bürger! Auch deshalb müssen wir bei den Eurogipfeln mit am Tisch zu sitzen. [...] Meine Aufgabe als Parlamentspräsident, als Präsident einer der drei zentralen EU-Institutionen, sehe ich darin, mich diesem anhaltenden Trend der Gipelfixierung und der Renationalisierung entgegen zu stellen. Ich will dazu beitragen, das Parlament als Ort der Demokratie und der kontroversen Debatte über die Richtung der Politik in der EU sichtbarer und hörbarer zu machen. [...]

Quelle: Schulz, Martin, Antrittsrede als Präsident des europäischen Parlaments, in: www.spd.de/linkableblob/23000/data/20120117_antrittsrede_schulz.pdf, Zugriff: 07.12.2013

- 1.
- 2.
- 3.

M | 13 Postdemokratie – Demokratie in der Krise!

Aus einem Interview mit dem britischen Politikwissenschaftler Colin Crouch.

Prof. Crouch, was verstehen Sie unter dem Begriff „Postdemokratie“?

Crouch: Alle [europäischen] Institutionen der parlamentarischen Demokratie sind formal gesehen auf der einen Seite völlig intakt. Doch auf der anderen Seite stimmt die dahinter stehende Art der Legitimation politischen Handelns durch die Partizipation des Volkes nicht mehr mit den realen Gegebenheiten überein. Postdemokratie bezeichnet ein politisches System, in dem es nicht auf die Beteiligung der Bürger, sondern nur auf Ergebnisse ankommt, die dem Allgemeinwohl dienen und dem Kriterium der Verteilungsgerechtigkeit genügen.

Welche Gefahrenpotenziale und Entwicklungslinien für die Demokratie sehen Sie diesbezüglich?

Crouch: Die meisten Bürger spielen [in westlichen Demokratien] lediglich eine passive, stille, bisweilen gar apathische Rolle, unfähig zur eigenen Gestaltung der politischen Auseinandersetzung. [...] Die Demokratie erleidet dadurch einen Substanzverlust, weil sich dabei politische Verfahren zunehmend in eine Richtung zurückentwickeln, die typisch war für vordemokratische Zeiten. Der tatsächliche politische Prozess findet hinter verschlossenen Türen zwischen gewählten Regierungen und Eliten, die größtenteils die Interessen wirtschaftlich starker Akteure vertreten, statt. An die Stelle einer durch Wahlen vermittelten Teilhabe der Bürger an den politischen Entscheidungen sind intransparente Verhandlungen getreten.

Quelle: Crouch, Colin, Post-Democracy-Interview, in: www.youtube.com/watch?v=FnTOiso08HM, Zugriff: 02.11.2013 (aus dem Englischen übersetzt vom Autor)



Foto: Picture Alliance/Arno Burgi

Praxis Politik, 2 / 2014.

M | 11 Wie demokratisch ist die EU? (2)

Die EU hat kein Demokratiedefizit. Sie ist überhaupt keine Demokratie. Zumindest, wenn man unter Demokratie nicht ein beliebig dehnbares Konzept versteht, das es in Miniformat, aber auch in größeren Varianten geben könnte. Ein bisschen Demokratie geht nicht. Demokratie hat Mindeststandards. Werden diese unterschritten, haben wir es mit einer potemkinschen Demokratie zu tun. Zu den Mindeststandards gehören:

- das Prinzip der Umkehrbarkeit von Richtungsentscheidungen,
- das Prinzip der Selbstregierung des Souveräns – also der Staatsbürger und -bürgerinnen. Das heißt, der Souverän macht mittels Parlament die Gesetze,
- freie, gleiche und geheime Wahlen auf der Grundlage des Prinzips **ein Mensch eine Stimme**,
- Gewaltenteilung zwischen gesetzgebender, exekutiver und judikativer Gewalt.

Für die EU sind diese Mindeststandards nicht gegeben. [...]

Quelle: Sauer, Thomas/Wahl, Peter: Welche Zukunft für die EU? – Eine Kontroverse. In: Dies. (Hrsg.): Welche Zukunft hat die EU? Eine Kontroverse. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. Hamburg 2013. S. 17f.